

GESCHÄFTSPRÜFUNGSKOMMISSION DES GROSSEN RATES



Bericht über den Voranschlag 2008: Entwicklung des Personalbestands beim Staat Wallis

Novembersession 2007

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
1 EINLEITUNG	4
2 GESETZESGRUNDLAGEN.....	4
3 VORANSCHLAG 2008 UND EINFÜHRUNG DER NFA	4
4 ARBEITSGRUNDLAGEN	4
5 BERICHT BETREFFEND DAS ÜBER DEM LANDESINDEX DER KONSUMENTENPREISE LIEGENDE WACHSTUM	5
6 PERSONALZUWACHS IN DEN JAHREN 2005-2008	5
7 ENTWICKLUNG DES PERSONALBESTANDS PRO DEPARTEMENT GEMÄSS ENTWURF DES VORANSCHLAGS 2008.....	5
7.1. Präsidium.....	5
7.2. Departement für Finanzen, Institutionen und Sicherheit	6
7.3. Departement für Gesundheit, Sozialwesen und Energie	6
7.4. Departement für Erziehung, Kultur und Sport	7
7.5. Departement für Volkswirtschaft und Raumentwicklung	8
7.6. Departement für Verkehr, Bau und Umwelt	8
8 SCHLUSSFOLGERUNGEN	9
9 FORDERUNGEN DER GESCHÄFTSPRÜFUNGSKOMMISSION	10

* * *

Sehr geehrter Herr Präsident

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete

Die Geschäftsprüfungskommission, bestehend aus

André Quinodoz, Präsident,

Louis Ursprung, Vizepräsident,

Laetitia Massy, Berichterstatterin französischer Sprache,

Markus Truffer, Berichterstatter deutscher Sprache,

Pierre-Olivier Bourban,

Jean-Henri Dumont,

René Imoberdorf,

Sonia Métrailler,

Freddy Philippoz,

Pascal Rey,

Robert Sarbach,

Hans Schwestermann,

Viviane Zehnder,

unterbreitet Ihnen nachstehend ihren Bericht, den sie im Sinne von Artikel 44 des Reglements des Grossen Rates sowie gestützt auf das Gesetz über die Organisation der Räte und die Beziehungen zwischen den Gewalten (GORBG) und das Gesetz über die Geschäftsführung und den Finanzhaushalt des Kantons und deren Kontrolle (FHG) erarbeitet hat.

1 EINLEITUNG

Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist mit der Überwachung der Anwendung des Dekrets betreffend die strukturellen Massnahmen betraut. Aus diesem Grund und angesichts des grossen „Stellenhungers“ der Dienststellen im Rahmen des Voranschlags (über 100 neue Stellen), hat sich die GPK mit der Entwicklung des Personalbestands des Staates Wallis im Rahmen des Voranschlags 2008 befasst.

Mit dem vorliegenden Bericht unterbreitet die GPK dem Grossen Rat das Ergebnis dieser bei den verschiedenen Departementen durchgeführten Analyse.

2 GESETZESGRUNDLAGEN

- Gesetz über die Geschäftsführung und den Finanzhaushalt des Kantons und deren Kontrolle vom 24. Juni 1980 (FHG)
- Gesetz über die Organisation der Räte und die Beziehungen zwischen den Gewalten vom 28. März 1996 (GORBG)
- Dekret betreffend die strukturellen Massnahmen vom 14. September 2005

3 VORANSCHLAG 2008 UND EINFÜHRUNG DER NFA

Der Voranschlag 2008 ist insbesondere geprägt durch:

- **die Berücksichtigung der Auswirkungen der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung** zwischen Bund und Kantonen (NFA);
- **höhere Steuereinnahmen**, namentlich aufgrund der guten Konjunkturlage.

Im Voranschlag 2008 ist eine Zunahme des Personalbestands vorgesehen, die teilweise durch die Umsetzung der NFA bedingt ist.

Im Rahmen ihrer Oberaufsichtsfunktion hat die GPK von der Tatsache Kenntnis genommen, dass ein Teil des im Voranschlag 2008 des Staates vorgesehenen Personalzuwachses beim Staat Wallis auf entsprechende Gesuche der Dienststellen hinsichtlich der Umsetzung der NFA zurückzuführen ist. Um sich ein genaueres Bild verschaffen zu können, hat die GPK beschlossen, eine eingehende Analyse der neuen im Voranschlag vorgesehenen Stellen durchzuführen.

4 ARBEITSGRUNDLAGEN

Im Rahmen dieser Analyse wurde jedes Departement aufgefordert, folgende Informationen pro Dienststelle zu liefern:

1. die gegenwärtige Anzahl Vollzeitstellen (VZS) getrennt nach Beamten und Hilfsangestellten;
2. die Anzahl der beantragten neuen Stellen (Beamte und/oder Hilfsangestellte) und die entsprechenden Rechtfertigungen: Beschrieb der neuen Aufgabe, Begründung, Finanzierungsquelle, Angabe der Einheit, die zuvor die entsprechenden Aufgaben wahrgenommen hat sowie der diesbezüglichen personellen Ressourcen;
3. die Zahl der Stellen, die aufgrund der Tatsache, dass der Bund gewisse Aufgaben übernimmt, abgebaut werden können;
4. die finanziellen Auswirkungen der Zunahme des Personalbestands.

5 BERICHT BETREFFEND DAS ÜBER DEM LANDESINDEX DER KONSUMENTENPREISE LIEGENDE WACHSTUM

Aus diesem Bericht, dessen Prüfung Sache der Finanzkommission ist, geht hervor, dass im Voranschlag 2008 die Schaffung von 27.7 neuen Stellen vorgesehen ist, wovon 5 im Zusammenhang mit der NFA stehen und 1.7 Stellen Hilfsangestellte betreffen.

Die finanziellen Auswirkungen für diese Stellen belaufen sich auf 2.9 Millionen Franken (ohne Soziallasten).

6 PERSONALZUWACHS IN DEN JAHREN 2005-2008

Seit Inkrafttreten der strukturellen Massnahmen im Jahre 2005, die namentlich der Eindämmung des Personalzuwachses dienen sollten, hat sich der Personalbestand (Beamte und Hilfsangestellte) folgendermassen entwickelt:

2005		2006		2007		2008	
Beamte	Hilfsang.	Beamte	Hilfsang.	Beamte	Hilfsang.	Beamte	Hilfsang.
0	17.2	10.5		11.5	5.3	27.7	1.7

Im Jahre 2005: 16 Hilfsangestelltenposten gemäss Bericht der Kommission Luyet

Feststellungen der GPK:

Seit 2005 ging die Gesundung der Kantonsfinanzen mit einer regelmässigen Erhöhung des Personalbestands beim Staat einher.

7 ENTWICKLUNG DES PERSONALBESTANDS PRO DEPARTEMENT GEMÄSS ENTWURF DES VORANSCHLAGS 2008

Die von der GPK gewünschten Informationen zur Entwicklung des Personalbestands pro Departement wurden vom Staatsrat fristgerecht geliefert.

7.1. Präsidium

	1			2			3			4
	Aktueller Bestand (geplant Budget 2007)			Beantragte neue Stellen (Budget 2008)			Vorgeschlagener Stellenabbau			Geschätzte Auswirkungen der Personal-entwicklung
Dienststelle	VZS B	VZS H	VZS Total	VZS B	VZS H	VZS Total	VZS B	VZS H	VZS Total	Total in Fr.
Staatskanzlei	19.50	0.00	19.50			0.00	0	0	0	
Information	5.00	0.00	5.00			0.00			0	
Finanzinspektorat	16.00	0.00	16.00			0.00			0	
										0

VZS B: Vollzeitstellen Beamte; VZS H: Vollzeitstellen Hilfsangestellte

**Feststellung der GPK betreffend das Präsidium:
Keine Veränderung beim Personalbestand**

7.2. Departement für Finanzen, Institutionen und Sicherheit

Dienststelle	1 Aktueller Bestand (geplant Budget 2007)			2 Beantragte neue Stellen (Budget 2008)			3 Vorgeschlagener Stellenabbau			4 Geschätzte Auswirkungen der Personal- entwicklung
	VZS B	VZS H	VZS Total	VZS B	VZS H	VZS Total	VZS B	VZS H	VZS Total	Total in Fr.
Sekr. für Gleichstellung und Familie	2.50	0.00	2.50			0.00			0	
Finanzverwaltung	47.50	0.00	47.50	2.00		2.00			0	212800
Strafanstalten	95.50	0.00	95.50			0.00			0	
Betreibungs- und Konkursämter	20.00	2.50	22.50	1.00		1.00			0	130400
Kantonspolizei	449.30	1.70	451.00			0.00			0	
Zivile Sicherheit und Militär	57.20	0.00	57.20			0.00			0	
Vew. u. Rechtsd. der Institutionen	12.00	0.00	12.00			0.00			0	
Kantonale Dienststelle für Informatik	38.25	1.00	39.25			0.00			0	
Jagd, Fischerei und Wildtiere	32.00	0.00	32.00			0.00			0	
Zivilstandswesen und Fremdenk.	41.20	13.50	54.70	1.20		1.20			0	120900
Strassenverkehr und Schifffahrt	58.00	21.70	79.70			0.00			0	
Innere Angelegenheiten	9.50	0.00	9.50			0.00			0	
Steuerverwaltung	143.55	6.00	149.55			0.00			0	
Personal und Organisation	13.70	0.20	13.90	1.70		1.70			0	179200
Rechtsdienst Finanzen u. Personal	3.50	0.00	3.50	0.50		0.50			0	53200
									0	696500

VZS B: Vollzeitstellen Beamte; VZS H: Vollzeitstellen Hilfsangestellte

Rechtfertigung der 6.4 neuen Stellen durch die betroffenen Dienststellen:

- 2 Stellen bei der Finanzverwaltung für die Umsetzung der NFA: eine für die Beziehungen mit dem Bund und die andere für die Beziehungen mit den Gemeinden;
- 1 Stelle bei den Betreibungs- und Konkursämtern für die Umsetzung des EGSchKG 2007;
- 1.2 Stellen bei der Dienststelle für Zivilstandswesen und Fremdenkontrolle: 0.7 für einen Zivilstandsbeamten und 0.5 für einen juristischen Mitarbeiter zur Aufarbeitung des Rückstandes bei den Einbürgerungsdossiers;
- 0.7 Stellen bei der Dienststelle für Personal und Organisation: 0.2 für Arbeitsmedizin und Arbeitssicherheit, 0.2 für die Aus- und Weiterbildung. 0.2 für die Sozialberatung und 0.1 für die Lehrlingsbetreuung;
- 1 Stelle bei der Dienststelle für Personal und Organisation für die Unterstützung der Dienststellen bei der Auswahl der Bewerber für eine Stelle innerhalb der Kantonsverwaltung (durchschnittlich werden 300 neue Mitarbeitende pro Jahr angestellt);
- 0.5 Stellen für einen Juristen beim Rechtsdienst für Finanzen und Personal im Zusammenhang mit den Vorsorgeeinrichtungen.

Feststellung der GPK betreffend das DFIS:

Von insgesamt 6.4 zusätzlichen Stellen werden 2 Stellen für die NFA eingesetzt, 1.5 Stellen stehen im Zusammenhang mit einer Gesetzesänderung und 0.7 Stellen ergeben sich aus einem „Budgettransfer“ aus dem Jahre 2003.

7.3. Departement für Gesundheit, Sozialwesen und Energie

Dienststelle	1 Aktueller Bestand (geplant Budget 2007)			2 Beantragte neue Stellen (Budget 2008)			3 Vorgeschlagener Stellenabbau			4 Geschätzte Auswirkungen der Personal- entwicklung
	VZS B	VZS H	VZS Total	VZS B	VZS H	VZS Total	VZS B	VZS H	VZS Total	Total in Fr.
Medizinischpäd. Zentrum „La Castalie“	175.60	0.00	175.60	4.50		4.50			0	342200
Dienststelle f. Energie und Wasserkraft	10.80	0.00	10.80	1.00		1.00			0	98100
Dienststelle für Sozialwesen	17.10	0.50	17.60	1.00	0.60	1.60			0	147500
Dienststelle für Gesundheitswesen	23.50	0.00	23.50	1.00	1.00	2.00			0	212800
Dienststelle für Arbeitnehmerschutz	21.00	1.50	22.50			0.00			0	
									0	800600

VZS B: Vollzeitstellen Beamte; VZS H: Vollzeitstellen Hilfsangestellte

Rechtfertigung der 9.1 neuen Stellen durch die betroffenen Dienststellen:

- 4.5 Stellen im medizinischpädagogischen Zentrum „La Castalie“ im Zusammenhang mit der Eröffnung einer Struktur mit 12 Wohnplätzen und 12 geschützten Arbeitsplätzen in den Räumlichkeiten des Instituts „Notre-Dame-de-Lourdes“ in Siders:

Personalbestand in „La Castalie“

	<u>2006</u>	<u>2007</u>	<u>2008</u>
Beamte	164.92	175	180.1
Hilfsangestellte mit unbefristetem Dienstverhältnis	6.81		

- 1 Stelle bei der Dienststelle für Energie und Wasserkraft für die Kontrolle der Energieeffizienz der Gebäude;
- 1.6 Stellen bei der Dienststelle für Sozialwesen, darunter 1 Stelle für die Umsetzung der NFA und 0.4 Stellen für einen Hilfsangestellten;
- 2 Stellen bei der Dienststelle für Gesundheitswesen: 1 wirtschaftlicher Mitarbeiter für die Umsetzung des Gesundheitsgesetzes und namentlich des Rauchverbots in öffentlichen Räumen und 1 Mitarbeiter für die Kontrolle der Rechnungsführung beim GNW.

Feststellung der GPK betreffend das DGSE:

Von insgesamt 9.1 zusätzlichen Stellen wird 1 Stelle für die NFA eingesetzt, 1 Stelle ist durch die laufenden Gesetzesänderungen (Gesundheitsgesetz) bedingt und 1 Stelle ergibt sich aus der Verwirklichung des Postulats 2.059 (gesetzeskonformer Wärmeschutz für Gebäude).

7.4. Departement für Erziehung, Kultur und Sport

	1			2			3			4
	Aktueller Bestand (geplant Budget 2007)			Beantragte neue Stellen (Budget 2008)			Vorgeschlagener Stellenabbau			Geschätzte Auswirkungen der Personal- entwicklung
Dienststelle	VZS B	VZS H	VZS Total	VZS B	VZS H	VZS Total	VZS B	VZS H	VZS Total	Total in Fr.
Verwaltungs- und Rechtsdienst DEKS	27.70	0.00	27.70	1.00		1.00				113700
Kantonale Dienststelle für die Jugend	54.95	2.10	57.05	1.50		1.50				127000
Dienststelle für Unterrichtswesen	33.45	1.50	34.95	1.00		1.00				106400
Dienststelle für Kultur	66.80	8.45	75.25	1.00		1.00				85100
Dienststelle für Berufsbildung	63.89	15.55	79.44			0.00				
Dienststelle für tertiäre Bildung	62.62	82.83	145.45			0.00	3.67		3.67	
										432200

VZS B: Vollzeitstellen Beamte; VZS H: Vollzeitstellen Hilfsangestellte

Rechtfertigung der 4.5 neuen Stellen durch die betroffenen Dienststellen:

- 1 Stelle für einen wissenschaftlichen Mitarbeiter beim Verwaltungs- und Rechtsdienst des DEKS. Es wurde uns erklärt, dass dieser Posten, obwohl provisorisch dem VREKS zugeteilt, zu einem späteren Zeitpunkt durch den Departementsvorsteher aufgrund konkreter Elemente, die Aufschluss über Art und Umfang der neuen Aufgaben im Zusammenhang mit der NFA geben, definitiv zugeteilt werde;
- 1.5 Stellen bei der kantonalen Dienststelle für die Jugend für die neuen Aufgaben im Zusammenhang mit der Anpassung des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über das Jugendstrafrecht (EGJStG). Was die Einführung der NFA anbelangt, so wurde uns erklärt, dass im Zusammenhang mit der Übernahme der Finanzierung der pädagogisch-therapeutischen Leistungen durch den Kanton ein Betrag von Fr. 1.5 Mio. beim DFIS vorgesehen wurde. Diese Leistungen wurden bis anhin von der IV übernommen;
- 1 Stelle bei der Dienststelle für Unterrichtswesen, Amt für Sonderschulwesen, aufgrund der Einführung der NFA;
- 1 Stelle bei der Dienststelle für Kultur: 0.5 Stellen für einen Empfangsangestellten im Rahmen der Neueröffnung des Museums für Geschichte auf Valeria und 0.5 Stellen für einen wissenschaftlichen Bibliothekar RERO DOC.

Rechtfertigung des Abbaus von 3.67 Stellen durch die betroffene Dienststelle:

- 3.67 Stellen wurden 2007 nicht besetzt und sind im Budget 2008 der Dienststelle für tertiäre Bildung nicht vorgesehen.

Feststellung der GPK betreffend das DEKS:

Von insgesamt 4.5 zusätzlichen Stellen werden 2 Stellen für die NFA eingesetzt, wobei das Pflichtenheft einer dieser Stellen noch nicht festgelegt wurde, und 1.5 Stellen ergeben sich aus der Umsetzung des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über das Jugendstrafrecht (EGJStG).

Die Dienststelle für tertiäre Bildung hat die finanziellen Auswirkungen des Abbaus von 3.67 Stellen nicht beziffert.

Es gibt keinerlei Angaben zum Lehrerbestand in der Sekundarstufe II.

7.5. Departement für Volkswirtschaft und Raumentwicklung

Dienststelle	1 Aktueller Bestand (geplant Budget 2007)			2 Beantragte neue Stellen (Budget 2008)			3 Vorgeschlagener Stellenabbau			4 Geschätzte Auswirkungen der Personal- entwicklung Total in Fr.
	VZS B	VZS H	VZS Total	VZS B	VZS H	VZS Total	VZS B	VZS H	VZS Total	
Verwaltungs- und Rechtsdienst DVR	10.40	0.00	10.40			0.00			0	
Dienststelle für Landwirtschaft	115.54	0.00	115.54			0.00			0	
Dienststelle für Raumplanung	12.50	0.00	12.50			0.00			0	
Dienstst. f. Grundbuchäm. u. Geomatik	73.40	7.30	80.70	0.80	0.10	0.90			0	84900
Dienstst. für Wirtschaftsentwicklung	17.80	3.00	20.80			0.00			0	
Dienstst. für Industrie, Handel u. Arbeit	20.60	17.80	38.40			0.00			0	
										84900

VZS B: Vollzeitstellen Beamte; VZS H: Vollzeitstellen Hilfsangestellte

Rechtfertigung der 0.9 neuen Stellen durch die betroffene Dienststelle:

- 0.9 Stellen bei der Dienststelle für Grundbuchämter und Geomatik aufgrund einer Zunahme des Arbeitsvolumens.

Feststellung der GPK betreffend das DVR:

Die Stellenzunahme hängt weder mit der NFA noch mit Gesetzesänderungen zusammen.

7.6. Departement für Verkehr, Bau und Umwelt

Dienststelle	1 Aktueller Bestand (geplant Budget 2007)			2 Beantragte neue Stellen (Budget 2008)			3 Vorgeschlagener Stellenabbau			4 Geschätzte Auswirkungen der Personal-entwicklung Total in Fr.
	VZS B	VZS H	VZS Total	VZS B	VZS H	VZS Total	VZS B	VZS H	VZS Total	
Kant. Laborat. und Veterinärwesen	20.70	0.00	20.70			0.00			0	
Verwaltungs- und Rechtsdienst DVBU	24.30	1.00	25.30			0.00			0	
Dienststelle für Umweltschutz	29.60	0.00	29.60	2.50		2.50			0	239700
Hochbau, Denkmalpflege, u. Archäologie	26.08	0.50	26.58	1.00		1.00			0	65700
Dienststelle für Wald und Landschaft	23.00	0.00	23.00	1.30		1.30			0	138300
Dienststelle für Strassen- und Flussbau	430.20	12.90	443.10	1.00		1.00			0	98100
Dienststelle für Verkehrsfragen	36.60	1.00	37.60			0.00			0	
										541800

VZS B: Vollzeitstellen Beamte; VZS H: Vollzeitstellen Hilfsangestellte

Rechtfertigung der 5.8 neuen Stellen durch die betroffenen Dienststellen:

- 2.5 Stellen bei der Dienststelle für Umweltschutz: 1 Stelle für die Altlastensanierung, 1 Stelle für die Kontrolle der Schadstoffemissionen und 0.5 Stellen für die Strassenlärmsanierung im Rahmen der NFA;
- 1 Stelle bei der Dienststelle für Hochbau, Denkmalpflege und Archäologie für den Hauswartsposten im Regierungsgebäude (momentan externalisiert);
- 1.3 Stellen bei der Dienststelle für Wald und Landschaft: 0.8 Stellen im Zusammenhang mit neuen Aufgaben im Bereich der Naturgefahren (namentlich Gletscher) und 0.5 Stellen im Zusammenhang mit der Aufwertung der natürlichen Lebensräume im Rahmen der NFA;
- 1 Ingenieursstelle bei der Dienststelle für Strassen- und Flussbau im Zusammenhang mit der Strassenlärmsanierung (LSV).

Feststellung der GPK betreffend das DVBU:

Von insgesamt 5.8 zusätzlichen Stellen ist umgerechnet 1 Stelle für die NFA vorgesehen, 1 Stelle steht im Zusammenhang mit der Umsetzung des Gesetzes betreffend die Anwendung der Bundesgesetzgebung über Umweltschutz (GAUSG), 1 Stelle steht im Zusammenhang mit der Anwendung der Lärmschutz-Verordnung (LSV) ab dem 1. Januar 2008, 1 Stelle ergibt sich aus der Verwirklichung des Postulats 5.005 (Luftreinhaltung) und 0.8 Stellen sind durch die Verwirklichung des Postulats 5.058 (Naturpärke) bedingt.

Die GPK wollte vom Vorsteher des DVBU, Jean-Jacques Rey-Bellet, wissen, wie die Auswirkungen der NFA auf den Personalbestand in der Folge des vollumfänglichen Übergangs des Autobahnunterhalts auf den Bund aussehen.

Der Departementsvorsteher antwortete der Kommission, dass man diese Stellen „theoretisch“ beim Staat hätte streichen können (Entlassungen) und der Bund dann die zur Ausführung dieser neuen Bundesaufgabe nötigen personellen Ressourcen neu ausgeschrieben hätte.

Man entschied sich jedoch für den Abschluss eines Leistungsvertrags. Der Bund betraut also den Kanton mit der Ausführung dieser Aufgabe – wie er dies mit einem privaten Unternehmen tun würde – und der Kanton wird für diese Arbeit entsprechend finanziell entschädigt.

Der Personalbestand beim Staat bleibt also unverändert. Was sich allerdings verändert, ist die Verbuchung der diesbezüglichen Zahlungen des Bundes und der Betrag, der nun höher liegt.

Die entsprechenden Erläuterungen finden sich auch im Voranschlag 2008 (S. 23*, 3. Absatz unter der Tabelle). Die Abnahme der erhaltenen Beiträge ist ihrerseits auf Seite 26* des Voranschlags 2008 ersichtlich.

8 SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die Gesuche der Dienststellen um zusätzliche Stellen stehen nicht immer im Einklang mit den Leistungsaufträgen.

Von den 29.4 zusätzlichen Stellen stehen deren 5 im Zusammenhang mit der Umsetzung der NFA und 8.8 mit der Änderung von eidgenössischen oder kantonalen Gesetzen oder der Annahme von parlamentarischen Vorstössen.

Trotz der Übernahme gewisser Aufgaben durch den Bund im Rahmen der NFA, ist im Voranschlag 2008 kein Stellenabbau vorgesehen.

Der theoretisch mögliche Stellenabbau bei den Nationalstrassen im Zusammenhang mit der NFA wird durch einen zwischen Bund und Kanton abgeschlossenen Leistungsvertrag kompensiert. Der Personalbestand bleibt folglich unverändert.

9 FORDERUNGEN DER GESCHÄFTSPRÜFUNGSKOMMISSION

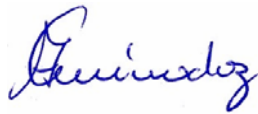
Die GPK verlangt:

- vom Staatsrat, dass er die verschiedenen im Rahmen der strukturellen Massnahmen gemachten Vorschläge berücksichtigt und umsetzt, namentlich was die Optimierung der Struktur des Staates durch Reorganisationen und Prioritätensetzung anbelangt;
- vom Staatsrat, dass er in Sachen Entwicklung des Personalbestands im Zusammenhang mit der NFA mehr Transparenz an den Tag legt;
- von den thematischen Kommissionen, dass sie die Zweckmässigkeit der zusätzlichen Stellen aufgrund der Leistungsaufträge analysieren;
- vom Parlament, dass es bei Plenumsbeschlüssen, die zur Schaffung von neuen Stellen führen, konsequenter ist bzw. die finanziellen Auswirkungen eingehend beurteilt.

Dieser Bericht wurde von den Mitgliedern der Kommission einstimmig angenommen.

Sitten, den 11. Oktober 2007

Der Präsident:



André Quinodoz

Der Vizepräsident:



Louis Ursprung

**Die Berichterstatterin
französischer Sprache:**



Laetitia Massy

**Der Berichterstatter
deutscher Sprache:**



Markus Truffer